



Hauptversammlung der SP Stadt Bern, Montag, 25. März 2024

Nachversand zum Traktandum 8: Entscheid über die Unterstützung der Mindestlohn-Initiative

Antrag der Geschäftsleitung:

Die SP Stadt Bern lanciert unter dem Titel «Ein Lohn zum Leben» eine Volksinitiative zur Einführung eines Mindestlohns auf dem Gebiet der Stadt Bern mit.

1. Inhalt der Initiative

Das Volksbegehren fordert einen sozialpolitisch begründeten, armutsbekämpfenden Mindestlohn von 23,80 Franken pro Stunde für alle Arbeitnehmer:innen, welche ihre Arbeit hauptsächlich auf dem Gebiet der Stadt Bern verrichten. Ausnahmen sind unter anderem für Praktika und Lernende vorgesehen. Die Höhe des Mindestlohns orientiert sich an den Ergänzungsleistungen des Kantons Bern von 2023 (Grundbedarf, Miete, Krankenkasse) und den Lohnabzügen (AHV/IV/BVG) und wird jährlich der Lohnentwicklung angepasst. Das Ziel ist, dass alle Arbeitnehmer:innen in der Stadt Bern ihren Lebensunterhalt in angemessener Weise durch Erwerbsarbeit bestreiten können.

Die Initiative für einen Mindestlohn in der Stadt Bern soll in Form eines ausformulierten Reglements (siehe Beilage) eingereicht werden. Der Initiativtext ist juristisch vom Advokaturbüro advocomplex GmbH geprüft worden und hat eine Vorprüfung durch die Stadtkanzlei Bern durchlaufen.

2. Initiativ-Komitee und Zeitplan

Die Initiative ist von einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretungen von SP, GB, GFL und Gewerkschaftsbund Stadt Bern und Umgebung (RGM) ausgearbeitet worden. Vorgesehen ist, ein Initiativ-Komitee mit breiter zivilgesellschaftlicher Unterstützung mit Branchengewerkschaften, Sozialhilfeverbänden und kirchlichen Organisationen zu bilden.

Die Initiative soll am 1. Mai 2024 lanciert werden. Das Ziel ist, die erforderlichen 5000 Unterschriften bis im Herbst zu sammeln, damit das Volksbegehren im November eingereicht werden kann.

3. Begründung für die Mindestlohn-Initiative

Spätestens seit dem klaren Ja zur 13. AHV-Rente ist klar: Der sozialen Frage muss wieder hohe Priorität eingeräumt werden. Immer mehr Menschen kommen finanziell unter Druck. Krankenkassenprämien, Lebenshaltungs- und Wohnkosten steigen weiter an. Viele wissen nicht mehr, wie sie am Ende des Monats ihre Rechnungen bezahlen sollen. Gleichzeitig stagnieren die Reallöhne. 2021 waren laut dem Bundesamt für Statistik 745'000 Personen

armutsbetroffen – Tendenz steigend. Das ist rund jede elfte Person in der Schweiz. 134'000 davon sind Kinder und 157'000 sogenannte „Working Poor“ – also Armutsbetroffene trotz Erwerbstätigkeit. Die Armutsquote ist zwischen 2014 und 2021 stetig angestiegen. Diese Entwicklung macht auch vor den Berner Gemeindegrenzen nicht Halt.

Angesichts steigender Armut und der sinkenden Kaufkraft ist es für die SP Stadt Bern eine Notwendigkeit, einen Mindestlohn zu erlassen, der Armut trotz Arbeit bekämpft. Denn gerade jene, die im Tieflohnbereich arbeiten, sind darauf angewiesen, dass gesetzliche und existenzsichernde Mindestlöhne existieren. Die SP Stadt Bern ist überzeugt, dass die Stimmbevölkerung dieses Anliegen unterstützt und in Bern dafür sorgen will, dass die Löhne zum Leben reichen.

4. Mindestlöhne in der Schweiz

Bisher gibt es kantonale Mindestlöhne in Genf, Neuenburg, Tessin, Jura und Basel-Stadt. Letztes Jahr hat die Stimmbevölkerung bspw. auch in Zürich und Winterthur einem städtischen Mindestlohn mit 69 respektive 65 Prozent zugestimmt.

Die bisherigen Erfahrungen in den fünf Kantonen sind durchwegs positiv: Der Mindestlohn hat vielen Menschen zu einem anständigen Leben verholfen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Kanton Genf, wo der Mindestlohn vor über drei Jahren eingeführt wurde. In sieben Tieflohn-Branchen – darunter die Coiffeurbranche, der Detailhandel und die Gastronomie – verbesserte sich die Einkommenssituation von über 30'000 Arbeitnehmer:innen. Laut einer Lohnstudie der Universität Genf¹ passten sich Wirtschaft und Unternehmen problemlos an, ohne dass die Arbeitslosigkeit anstieg bzw. ohne, dass es zu Entlassungen kam.

5. Forschung stützt Mindestlöhne

Die Arbeitsmarktforschung beurteilt Mindestlöhne als sinnvolles Instrument. So wies der kanadische Nobelpreisträger David Card² 1992 nach, dass Mindestlöhne kaum negative Auswirkungen auf die Beschäftigung haben, aber umso mehr Ungleichheit und Armut verringern. Einen Schritt weiter gingen 2021 die deutschen Wissenschaftler Tom Krebs und Moritz Drechsel-Grau³: Sie wiesen nach, dass Mindestlöhne den Druck auf den Sozialstaat verminderten, die Nachfrage stimulieren und Wirtschaftswachstum generieren sowie Anreize für Investitionen in Technologie und Bildung schafften, was zu einer Erhöhung von Produktivität und Steuererträgen führt.

Auskünfte: Lena Allenspach, 079 814 12 11 / Walter Langenegger, 079 657 29 79

¹ Premier rapport rapport d'évaluation de l'introduction du salaire minimum genevois / 2023

² Minimum Wages and Employment: A Case Study of the Fast-Food Industry in New Jersey and Pennsylvania / David Card and Alan B. Krueger / 1992

³ Krebs, Tom; Drechsel-Grau, Moritz: Mindestlohn von 12 Euro: Auswirkungen auf Beschäftigung, Wachstum und öffentliche Finanzen, IMK Study, Düsseldorf / 2021